uen Reichsministers gerade nur den lieben Gott zur völligen Niederwerfung der Militärreaktion" schalten lassen. nd dann bleibt's, nach einem bekannten Volksspruch, eben im alten.

Nur da will Herr Müller aus seiner amtlich proklamierten Apathie heraustreten, wo es sich um die Niederwerfung des Ruhr-„Bolschewismus" handelt. Da hat er die allerkräftigsten Worte gefunden, da hat er sogar Garantien gegeben. In die Anarchie von links ist die Anarchie von rechts eingeschlagen, unter Umständen wollen wir die Ordnung mit bewaffneter Macht wiederherstellen". So hat Noske schon früher immer geredet, so haben die zweifelhaften Existenzen seiner Generäle gehandelt, sogar noch in verbesserter Auflage. Das ist das überlieferte alte, das arbeiterfeindliche, das konterrevolutionäre System. Es nennt sich demokratisch und ist doch nur ein Faustschlag ins Gesicht einer wirklichen, einer militärfreien, einer die Welt erlösenden Freiheit!

Ohne daß man das Motiv und den Grund recht ersah, leistete sich Herr Müller auch einige längere außenpolitische Exkursionen. Wollte er zeigen, daß er auf dem Posten des Herrn von Brockdorff-Rantzau doch gelernt hat, wie man sich dort räuspert, wie man spuckt? Nun sein Vorgänger war immerhin noch ein Mann von einer gewissen aristokratischen Individualität, einer, der seine feudalen Klassengenossen um Haupteslänge überragte, der oft Gedanken, manchmal sogar Ideen hatte. Aber Herrn Hermann Müller fehlt nichts mehr als Originalität. Ueber ein paar nationale Gemeinplätze, über eine noch nicht einmal glückliche Polemik gegen Citoyen Millerand in Paris brachte er es nicht hinaus.

Unserm Genossen Henke, der nach dem Kanzler zu Worte kam, fiel es nicht schwer, diese unglückselige Renovation der alten Koalitionsära, verkörpert in Herrn Müller, zu zerzausen. Er nahm diese Aufgabe recht gründlich und sehr glücklich vor. „Sie werden bei den Wahlen sehen, wer die Mehrheit hinter sich hat!" Das ist die treffendste, die beste, weil knappste Kennzeichnung der gesamten Situation, der niemand weniger gewachsen ist, als der Uebergangs-Müller und seine Blockbrüder. Sie geben vor, als Demokraten den Willen der Volksmehrheit zu vertreten, während sie ihn mißachten und mit Füßen treten. Es ist unmöglich und wird nie möglich werden, daß dieses Protzensystem eines parlamentarischen Scheins, diese bekenntnisfrohe Unfähigkeit jemals unser Vertrauen haben könnte. —s.

Das Problem der Arbeiterregierung.

W. O. Herr Kapp hat sich das Verdienst erworben, einem großen Teil des Bürgertums die Erkenntnis vermittelt zu haben, daß wir noch immer inmitten revolutionärer Zeiten leben. Selbst die langsam an die Deutsche Volkspartei Anschluß suchende Vossische Zeitung stellt jetzt fest, daß das deutsche Volk sich noch in der Revolution befinde. Zwar war Herrn Kapps Putsch nichts weniger als eine revolutionäre Tat. Es war der Streich eines bis zur Sinnlosigkeit ehrgeizigen Mannes, der einer Offiziersclique in die Hände fiel, die die Lorbeeren, die sie gegen den Feind im Krieg nicht hatte im sichern Unterstand ernten können, nun an der wehrlosen Arbeiterschaft des eigenen Volkes „erkämpfen" wollte. Diese „Revolution" war in der Tat „gemacht". Das ganze glich für den, der es von den ersten Stunden an hier miterlebte, mehr einer gestellten Filmaufnahme als einer lebenswahren Handlung. So organisch und naturnotwendig die Revolution oder besser der politische, wirtschaftliche und moralische Zusammenbruch im Sommer 1918 war, so unorganisch, so naturwidrig war dieses militärische Spektakelstück.

Ist einem Augenblick, da das „Versanden" der Revolution immer größere Enttäuschung in die Reihen des arbeitenden Volkes trug, in einer Zeit, da durch die Zuchtlosigkeiten Noskescher Soldateska und durch die Hilflosigkeit der verantwortlichen Politiker diese Enttäuschung zur Erkenntnis der Notwendigkeit revolutionären Handelns gesteigert wurde, in einem Augenblick, da der Kampfwillen des Proletariats sich innerlich festigte und an Ausdehnung gewann, in einem Augenblick, da die politischen Verhältnisse selbst die täglich stärker werdende Annäherung des Mittelstandes an die Arbeiterschaft erzwang, in einem solchen Augenblick versuchen wildgewordene Militärs die Errichtung einer Militärdiktatur, die Wiederherstellung der Monarchie, der Adelsherrschaft, des Paradieses der Großagrarier und Großindustriellen. Das war, beim Himmel, keine revolutionäre Tat, das war nicht einmal gegenrevolutionär, das war blödeste Borniertheit, wie sie nur in der kommißgeschwängerten Luft der Kasinos gedeihen kann.

Also nicht diese satirische Komödie, die die Militärs der Welt vorführten, wohl aber die Tatsache, daß dies freche Spiel eine spontane (und deshalb revolutionäre), geschlossene und einmütige (und deshalb kraftvoll revolutionäre) Tat der Arbeiterschaft auslöste, ist der unumstößliche Beweis, daß wir noch in der deutschen Revolution leben. Wer da geglaubt hat, daß eine revolutionäre Zeitepoche sich dadurch beenden ließe, daß in Weimar mehr oder minder weise Männer ihr Sprüchlein zu einer jedem Sinn der Zeit widersprechenden Verfassung hersagen, der ist heute eines Besseren belehrt. Wer zitternd hoffte, daß Beschlüsse, Verhandlungen und Gesetze aus einem revolutionären Zustande einen verfassungsmäßigen formen, darf sich heute nach neuer Weisheit umsehen.

Binsenwahrheiten der Politik und der Geschichte sind das. So selbstverständlich und einfach, daß man sich fast scheut, sie zu schreiben. Nur die, die das politische Wissen und Können lediglich auf den Ministersesseln und den Abgeordnetensitzen sich ersessen haben, nur die kennen auch heute diese Wahrheiten noch nicht. Anstatt die revolutionäre Situation anzuerkennen und ihr entsprechend alles Handeln einzustellen, streben sie immer mit einer Angst, die nicht anders als erheiternd wirken kann, „zu verfassungsmäßigen Zuständen". Worte sind für sie alles! Wenn der „verfassungsmäßige Zustand wiederhergestellt" ist, so glauben sie das deutsche Volk und vor allem sich und ihren Posten gerettet. Alle Tatsachen existieren für sie nicht. Politik ist nur und einzig allein, was sich in den Wandelgängen des Reichstags abspielt. Alles andre ist ungesetzmäßig, steht mit der Verfassung im Widerspruch, muß also schleunigst beseitigt werden, kann aber nicht ausschlaggebend für die Gestaltung der politischen Entwicklung sein. Also fängt man da wieder an, wo man am 13. März, als die zitternden Gestalten in nächtlicher Stunde in rasenden Autos Berlin verließen, aufgehört hatte. Parteien kuhhandeln, Personen kleben, um alles Mögliche geht es, nur nicht um politische Taten, für alles Mögliche kämpft man, nur nicht um das Wohl des Volkes.

Wir haben keine Ursache, vor revolutionären Tatsachen die Augen zu verschließen. Wir haben erkannt, daß wenn man die revolutionäre Entwicklung mit dem Leichentuch der Verfassung zu decken sucht, sich dann bei der leisesten Bewegung, selbst bei der Sinnlosigkeit eines Kapp-Putsches, das Tuch herunterreißt. Wir haben aber anderseits auch die Erkenntnis, daß nichts gefährlicher ist als die Ueberschätzung der revolutionären Kraft. Ein Volk, das fast fünf Kriegsjahre hindurch hungernd und frierend das Letzte seiner physischen Kräfte hergeben mußte, das unter dem gleichen körperlichen Mangel mehr als ein Friedensjahr lang eine seelische Enttäuschung über die andre ertragen mußte, ein solches Volk braucht Zeit zur Erholung seiner körperlichen wie seelischen Kräfte, braucht Ruhe zur Sammlung seiner revolutionären Energie. Soll nicht unselige Zersplitterung und chaotische Niederlagen, soll nicht allseitige volle Erschöpfung und Verbrauch der letzten Kraft das große Ziel für lange Jahrzehnte uns entrücken, soll nicht eines Tages alle Kraft in Teilaffensiven verzettelt werden und die zum sozialistischen Wiederaufbau notwendige fehlen, so bedürfen wir heute der Mäßigung, der Planmäßigkeit, der Zielbewußtheit. Es gilt, Maßhalten mit unsrer Kraft, es gilt richtig einschätzen und wägen, was an revolutionärer Kraft noch verfügbar ist. Auch mangelnde Erkenntnis in einem großen Teil der Arbeiterkreise ist letzten Endes nichts andres als rein körperliche Schwäche und so sehr die Not und der Hunger revolutionierend wirken, so sehr stumpft doch auch körperliche Entkräftung zur Resignation, zur Gleichgültigkeit, zur Entsagung und Laufenlassen ab. Deshalb gilt es heute, die Masse zu sammeln zu dem Ziele, das im Augenblick als erreichbar gelten muß. Niemand verliert damit die letzte unsrer Forderungen, das endliche und große Ziel aus den Augen.

Unsre Partei hat diese Situation so klar erkannt wie nie, als sie in voller Würdigung der revolutionären Situation den Weg zur Lösung in der Arbeiterbewegung zeigte. Das war die erste politische Tat der Führer, nach der herrlichen Tat der Massen im Generalstreik. Nun ringt alles, was politische Fähigkeiten zu besitzen glaubt, um die durch diese Tat erzeugte Klarheit zu verwirren. Aber das Problem bleibt unerschütterlich: nur eine Wahl gibt es zwischen den beiden Majoritäten: entweder eine Arbeiterregierung, die den Wiederaufbau Deutschlands mit Hilfe und Mitarbeit der ganzen Kraft des arbeitenden Volkes vollführt, oder eine rein bürgerliche Regierung, die alle Trümmer kapitalistischer Herrlichkeit sammelt, und damit noch einmal zum letzten, in den wenigen Wochen bis zu den Wahlen, aller Welt den Beweis erbringt, daß dieses System nicht einmal die Kraft hat, das zu liquidieren, was es selbst angerichtet hat.

Mag man heute weiter kuhhandeln, mag man das Problem mit aller „Staatskunst" diesmal noch verwischen, die revolutionäre Entwicklung wieder mit verfassungsmäßiger Tünche zu verdecken suchen, in kurzer Zeit wird doch das Problem in zwingender unausweichlicher Klarheit wieder vor uns stehen, wird der Augenblick kommen, wo die geschlossenen Massen des arbeitenden Volkes die Geschicke Deutschlands selbst in die Hand nehmen.

Bis dahin gilt es zu erwägen, welchen Schwierigkeiten eine Arbeiterregierung außenpolitisch gegenübersteht. Schon jetzt hat man versucht, den Gedanken der Arbeiterregierung als undurchführbar zu diskreditieren, weil angeblich die Ententestaaten ihr keine Lebensmittel und Rohstoffe liefern, ihr keine Kredite bewilligen würden. Obwohl das russische Beispiel diesen Einwand durch Tatsachen widerlegt, obwohl es klar ist, daß die Welt zum zweitenmale nicht an einem Volke das Experiment wiederholen kann, das sie am russischen versucht hat, ist die Frage doch so wichtig, daß sie einer ausführlichen Behandlung bedarf, die in einem besonderen Aufsatze folgen wird.

Der weiße Schrecken im Reich.

Der weiße Schrecken der für den Augenblick zwar zurückgeschlagenen, keineswegs aber ausgetilgten Militärreaktion feiert seit den Kapp-Tagen die wüstesten Orgien. Für die Vereitelung des hochverräterischen Verbrechens der Rebellen durch die Arbeitermassen gilt es jetzt den Säbelträgern, blutige Rache zu nehmen und ihr trauriges Mütchen an den „Spartakisten" und dem „unabhängig arbeitsscheuen Gesindel" zu kühlen. Wir registrieren hier in Kürze einige der jüngsten und scheußlichsten Schandtaten der Soldateska, die wir wahllos aus der Lektüre der Presse im Reich zusammengestellt haben.

Die Marinebrigade Ehrhardt, dieselbe, die mit ihren Geschützen das Kapp-Verbrechen durchführte, führt ihr Luderleben in Döberitz frisch-fröhlich fort. Weit entfernt davon, diese Riffpiraten zu entwaffnen, läßt man sie sich nach wie vor als die Gesellschaftsstützen fühlen und im Verein gegen überzeugte Sozialisten Bütteldienste für die „Judenregierung" leisten. So befanden sich in dieser Döberitzer Wolfsschlucht noch bis gestern die unabhängigen Arbeiterführer Schütze und Liebig vom Aktionsausschuß in S. in Haft. Ein „zu Unrecht" verhafteter Kaufmann R. Fuchs aus Wilmersdorf schildert seine Erlebnisse im Döberitzer Lager folgendermaßen:

In Döberitz wurden wir von Soldaten der Marinebrigade Ehrhardt mit den scheußlichsten Drohungen empfangen und sofort nach dem Ausladen auf das schwerste

mit Knüppeln, Reitpeitschen usw.

mißhandelt. Namentlich richtete sich die Wut gegen Herrn Guttmann, weil derselbe besonders jüdisch aussah. Wir mußten durch eine Horde von Soldaten Spießruten laufen und trugen alle Verletzungen, namentlich am Kopfe, davon. Wir wurden in einen Pferdestall hineingetrieben. Die ganze Nacht hindurch wurden wir von der Soldateska, die sich um den Stall gesammelt hatte, mit Totschlag bedroht. Am nächsten Mittag erhielten wir

in einem Pferdeeimer Suppe.

Hierzu wurden uns zwei alte verrostete Löffel gegeben, mit denen wir abwechselnd essen mußten.

Von einer ernsthaften Verfolgung der Militärs, die ohne zu zucken zu Kapp übergegangen waren, kann bisher keine Rede sein. Im Gegenteil: sie treten frecher und arroganter auf als früher. In der Kaiser-Franz-Grenadierkaserne zu Berlin hat sogar der Kompanieführer Stecher, der seine Truppen sofort Kapp zugeführt hatte, diejenigen Soldaten — es ist eine Nachrichtenabteilung —, die ihm daraufhin den Gehorsam aufkündigten und die Kaserne verließen, nach ihrer Rückkehr zum Standort schlechtweg einsperren lassen; sie sitzen noch heute in Arrest.

Ganz besonders schlimm treibt es der Militärtyrrx in Pommern. Dort sitzt, in Belgard, der Reichswehrmajor Baulke, eine Preußentruppe reinsten Wassers. In den Kapp-Tagen fuhr er mit Säbel und Flinte grimmig in jede Redaktion, auch in die bürgerlichen, die auch nur eine zarte Kritik an den Rebellen sich erlaubte; er verhaftete den Aktionsausschuß und steckte den Landrat des Kreises, einen Demokraten (durchaus keinen „Mehrheitsspartakisten" also!) sofortins Loch. Dann aber kehrte er schleunigst „auf den Boden der Verfassung" zurück und verlangt jetzt „die sofortige Entfernung der spartakistischen Einwohnerwehr, andernfalls er die Stadt mit Minenwerfern und schweren Geschützen beschießen werde". Der alte Gaunertrick „Haltet den Dieb!" ist eben unverwüstlich.

Wie das Döberitzer Lager ist auch, worauf wir besonders hinweisen, das Lockstedter Lager bei Hamburg eine hervorragende Brutstätte der preußischen Janitscharen-Anschläge. Dort liegt die Brigade Loewenfeld, eine genau so reaktionäre Truppe wie die Döberitzer Ehrhardtiner. Erst vor wenigen Stunden hat dort der Ueberwachungsausschuß der gewerkschaftlichen Eisenbahnerverbände das Eintreffen eines Eisenbahnzuges mit Minenwerfern und andern Kriegsgerät verhindert.

Gerade das „staatsstreichelnde" Militär ist nach der beliebten Methode des Spießumdrehens jetzt auch der Hauptmäßrvater der antibolschewistischen Propaganda. Selbst den Leuten, die früher „den Umsturz von links" als das furchtbarste Gespenst für die Existenz des deutschen Volkes mit aufspazieren ließen, wird allmählich doch die Sache zu saudumm und frech. So richtet jetzt ein mehrheitssozialistisches Mitglied einer mitteldeutschen Regierung einen Aufruf an Herrn Ebert, in dem es u. a. heißt:

Der Versuch, alle diejenigen, die auf Entwaffnung der reaktionären Truppenteile und Festnahme der hochverräterischen Offiziere dringen, als Spartakisten zu brandmarken, ist

eine politische Falschmünzerei

schlimmster Art. Viele von denen, die auch nach dem Rückzuge der Regierung Kapp-Lüttwitz noch an den Kämpfen gegen reaktionäre Truppen teilnahmen, sind von jedweden kommunistischen Zielen weit entfernt. An einer Reihe von Orten kämpften Mehrheitssozialdemokraten und U.-S.-P.-Leute nur deshalb weiter, weil man der Reichsregierung

nicht die Kraft zutraut,

die unumgänglichen Reinigungs- und Vergeltungsmaßnahmen gegenüber der Reaktion durchzuführen. Unter Verkennung der durch den Rücktritt der Kapp-Lüttwitz veränderten politischen und rechtlichen Situation will man, um sicher zu gehen, die Ausführung jener Maßnahmen selbsttätig betreiben.

Wir unterschreiben jedes Wort dieser vernünftigen Schilderung der wahren Lage. Nicht um die „Räterepublik" handelt es sich zur Zeit für die deutsche Arbeiterschaft, sondern darum, ob die Reichsregierung wirklich des schlimmer als je wütenden weißen Terrors Herr werden kann und Herr werden will! Nach dem, was man in dieser Beziehung stündlich im Reiche erlebt, muß man daran allerdings zweifeln. Auch vor dem neuen demokratischen Gesslerhut des Reichswehrministeriums werden die Herren Offiziere kaum Reverenz machen. Es sei denn, man rafft sich in allerletzter Stunde auf.

*

Der körperliche Zustand der anderen aus Döberitz nun endlich entlassenen Genossen ist nach den Berichten unserer Berliner Gewährsmänner herzzerreißend. Einem der Unglücklichen, der an Knochentuberkulose leidet, wurden die Operationswunden durch Fußtritte gewaltsam aufgerissen. Aerztliche Hilfe verweigerte man ihm ebenso wie den anderen Genossen, trotzdem zwei derselben infolge der Mißhandlungen bewußtlos zusammenbrachen. Durch eine Horde von 400 Landsknechten, die von keinem Vorgesetzten geführt wurde, mußten die Genossen dann unter den scheußlichsten Mißhandlungen Spießruten laufen, bis sie zu dem ihnen als Quartier angewiesenen Stall für ansteckend kranke Pferde gelangten. Mehrere brachen hierbei ohnmächtig zusammen. Das durch einen Hungerstreik unterstützte Verlangen dieser Genossen, vernommen zu werden, blieb erfolglos.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Die Situation im rheinisch-westfälischen Industriegebiet tritt jetzt in ihr kritischstes Stadium. Heute mittag läuft die Frist für die Erfüllung der vom Wehrkreiskommando gestellten Ausführungsbestimmungen ab. Diese Bestimmungen sind so gestellt, daß sie — wie die sozialdemokratische Parteileitung des Niederrheins in einem Telegramm an die Reichsregierung mit Recht betont — schon rein technisch undurchführbar sind. Die Bedingungen des Generals Watter lauten:

1. Waffen und Munition sind an die Polizeiverwaltungen abzugeben und von diesen per Bahn dem Wehrkreiskommando nach Münster zuzuführen. Die Polizeiverwaltungen haben bis 30. März, 11 Uhr vormittags, dem Wehrkreiskommando die Zahl und Art der zur Abgabe gelangten Waffen und Munition zu melden. Sind bis 30. März, 11 Uhr vormittags nicht schon vier schwere und 10 leichte Geschütze, 200 Maschinengewehre, 18 Minenwerfer, 10 000 Gewehre, 400 Schuß Artilleriemunition, 800 Schuß Minenwerfermunition und 100 000 Schuß Infanteriemunition abgeliefert, so gilt die Bedingung der Waffenabgabe als nicht erfüllt. Werden die geforderten Mengen abgeliefert, so werden weitere Bestimmungen über die restliche Waffenabgabe erfolgen.

2. Die Regierungspräsidenten werden bis zum 30. März, 11 Uhr vormittags, mit Meldung ersucht, ob noch in ihren Bezirken Vollzugsräte bestehen oder die amtlichen Behörden wieder restlos in ihre Rechte eingesetzt sind. Bestehen noch Vollzugsräte am 30. März, 11 Uhr vormittags, so gilt die Bedingung der Anerkennung der Staatsautorität nicht als erfüllt.

3. Stehen am 30. März, 11 Uhr vormittags, noch Teile der Roten Armee oder sonstiger Gruppen in Waffen, so gilt die Bedingung der Auflösung der Roten Armee nicht als erfüllt. Die gegnerische Kampfleitung wird zu Angaben hierüber bis 30. März, 11 Uhr vormittags, aufgefordert.

4. Befindet sich am 30. März, 11 Uhr vormittags, noch ein gefangener Reichswehrsoldat, Sicherheitspolizist, Angehöriger der Einwohnerwehren oder der Essener und Dortmunder Sicherheitswehr als Gefangener in den Händen der Aufrührer, sind ferner bis 30. März, 11 Uhr vormittags nicht alle Geiseln freigelassen, so gilt die Bedingung der Freilassung der Gefangenen nicht als erfüllt. Gefangene und Geiseln müssen bis 30. März, 11 Uhr vormittags, beim Wehrkreiskommando in Münster eingetroffen sein. Wird Gefangenen oder Geiseln auch nur ein Haar gekrümmt, so gilt die Bedingung ebenfalls als nicht erfüllt.

Mit Recht fordert deshalb die genannte Parteileitung eine Verlängerung der Frist um drei Tage. Die Reichsregierung glaubt aber, auf den Vorschlägen des Bielefelder Abkommens bestehen zu müssen. Ob sie darauf besteht, daß auch die von dem General Watter gestellten Ausführungsbestimmungen innegehalten werden sollen, geht aus der uns vorliegenden Meldung nicht mit Bestimmtheit hervor. Fordert sie auch das, dann ist damit bewiesen, daß sie eine friedliche Lösung der Krise nicht will, denn die gestellten Bedingungen sind in dieser Fassung unerfüllbar. Auf die Regierung fällt deshalb die Verantwortung, wenn es im Ruhrgebiet zu dem drohenden furchtbaren Blutvergießen und zu Verzweiflungsakten der Arbeiterschaft kommt. Wie ernst es den Vertretern der Arbeiterschaft mit der Einhaltung der Vertragsbestimmungen ist, geht daraus hervor, daß sie in Dortmund, Elberfeld, Hagen, Remscheid, Iserlohn und an andern Orten beschlossen haben, mit allen Mitteln, wenn es sein muß, selbst mit Waffengewalt, die Beachtung der Bedingungen zu erzwingen. In den einzelnen Bezirken, wie Wesel und Hamborn, wo man sich an die Bielefelder Beschlüsse nicht gekehrt hat, ist diese Nichtbeachtung auf den unheilvollen Einfluß syndikalistischer Elemente zurückzuführen. Es soll aber auch in diesen Bezirken Aussicht auf eine friedliche Regelung vorhanden sein. Der Vormarsch der Regierungstruppen würde freilich mit einem Schlage alles zerstören. Wer diesen Vormarsch befiehlt oder unterstützt, trägt die Verantwortung für die furchtbaren, unabsehbaren Folgen.

Von den vorliegenden Meldungen seien folgende wiedergegeben:

Dauernde Truppenverstärkungen.

Aachen, 20. März. (T.-U.) Die vor Münster liegenden Reichswehrtruppen sind auf die Stärke von 35 000 Mann gebracht worden, und noch immer rollen Eisenbahntransporte mit neuen Truppen heran, die mit Panzerwagen ausgerüstet sind. Der Reichswehrkommandant erklärte, die Stadt Münster sei außer Gefahr.

Essener Vollzugsrat und militärische Leitung für die Annahme des Ultimatums.

Berlin, 20. März. (T.-U.) Nach einer Meldung der Berl. Börsenzeitung ist an amtlicher Stelle in Berlin ein Telegramm des Vollzugsrats in Essen eingelaufen, nach dem dieser das Ultimatum der Regierung annimmt und in dem nachdrücklich betont wird, daß sich auch die militärische Leitung der Roten Armee der Stellungnahme des Vollzugsrats in Essen anschließt.

Aufhebung der Bankbeschlagnahmen.

Mülheim, 20. März. (T.-U.) Der Vollzugsrat gibt bekannt, die Beschlagnahme der Banken wird aufgehoben. Der Bankverkehr wurde infolgedessen am Montag wieder aufgenommen.

* * *

Eine rechtssozialistische Warnung.

Vier rechtssozialistische Parteisekretäre, die Mitglieder der Nationalversammlung, haben im Namen ihrer Partei der Regierung telegraphisch folgende Warnung zugehen lassen:

Das Ultimatum der Regierung vom 20. 3. spricht von Greueltaten der Roten Armee. Wir halten es für notwendig, daß die Regierung, ehe sie solche Schwindelnachrichten in die Welt schleudert, sich durch amtliche Vertreter an Ort und Stelle informiert. Wir haben in Rheinland-Westfalen auch noch eine sozialdemokratische Partei, bei der man Informationen hätte einholen können.

Den Punkt vier des obenerwähnten Ultimatums, der von der völligen Entwaffnung der Bevölkerung unter Ausschluß der rechtmäßigen staatlichen Organe handelt, können wir nicht an-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200330/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG